

## KURZ UND BÜNDIG

Post und Le Shop

### «Weltneuheit» bereits beerdigt

Bei Le Shop bestellen und die Ware von der Post direkt in den Kofferraum liefern lassen – das konnten Besitzer von einigen Volvo-Modellen. Die Post pries das sogenannte In-car-Delivery im März 2017 als «Weltneuheit» an. Voraussetzung war ein topmoderner Volvo, den der Lieferbote dank spezieller Technik öffnen konnte. Die Kunden mussten tagsüber in Zürich, Bern, Lausanne oder Genf parkieren. Und zwar im Freien und nicht an der prallen Sonne.

Der K-Tipp schrieb schon damals, dass das nicht klappen werde (K-Tipp 9/2017). Und tatsächlich: Ende 2018 stellten die Post und Le Shop das Projekt stillschweigend ein. Der Grund: «Die Nachfrage war schlicht noch zu gering.» Zahlen nennt die Post nicht.

Finanziert wurde das Projekt durch den sogenannten Innovationsfonds, für den die Post jährlich rund 12 Millionen Franken aufwirft – allerdings mit äusserst mässigem Erfolg: Die Paketroboter fahren zurzeit nicht (K-Tipp 6/2019), der Internetmarktplatz Kaloka ist nach einem Jahr beerdigt und der Münsterli-Lieferdienst Taster ebenfalls. (mdb)

## DEUTSCH UND DEUTLICH

### Herausforderung, die

Wirtschaftsführer und Politiker bedienen sich gerne einer beschönigenden Sprache. Meister seines Fachs ist der SBB-Chef Andreas Meyer. Dem «Beobachter» sagte er: «Es gibt immer wieder regionale Herausforderungen, die die Kunden manchmal spüren.» Was er damit meinte: In gewissen Regionen sind SBB-Züge häufig verspätet. Überhaupt scheinen die Wörter «Problem» und «Schwierigkeit» in Wirtschaft und Politik tabu zu sein. Beispiele: Die SBB bezeichnen Entgleisungen als «betriebliche Herausforderungen». Die ehemalige Berner Regierungsrätin Barbara Egger sagte, falls die Abstimmung für ein neues Tram verloren gehe, werde das «eine Herausforderung» für die Verkehrsplanung – und nicht etwa zu einem «Problem».

Auch Journalisten haben die PR-Sprache übernommen. Radio SRF berichtete, dass «die Post mit strukturellen Herausforderungen» kämpfe. Gemeint waren auch hier «Schwierigkeiten». Und die «Berner Zeitung» schrieb: «Die Situation auf dem Immobilienmarkt wird für Anleger zur Herausforderung.» Deutsch und deutlich müsste es heissen: «Leerstehende Wohnungen werden für Anleger zum Problem.»(mdb)

# Steuersenk Sparpa

Steuer-AHV-Deal: Ein Ja

**Bei einem Ja zur Steuer-AHV-Vorlage im Mai drohen einschneidende Sparmassnahmen auf dem Buckel der Bevölkerung. Das zeigt ein Blick in Kantone, die in den letzten Jahren die Unternehmenssteuern senkten.**

**E**s geht um sehr viel Geld: Sagen die Stimmberechtigten am 19. Mai Ja zum Steuer-AHV-Deal, werden die Unternehmen in der Schweiz schon im Jahr 2020 rund 2 Milliarden Franken weniger Steuern zahlen müssen. Die Ausfälle treffen den Bund mit knapp 600 Millionen, die Kantone und Gemeinden mit gut 1,4 Milliarden Franken.

Steuersenkungen für Unternehmen sind nicht neu: Im Jahr 2007 mussten die Firmen auf ihre Gewinne im Durchschnitt aller Kantone 21 Prozent Steuern zahlen – heute sind es nur noch knapp 18 Prozent («Saldo» 20/2018). Nach der Annahme der Steuer-AHV-Vorlage wären es noch etwas mehr als 14 Prozent. Das geht aus einer Erhebung der kantonalen Finanzdirektoren von Anfang April hervor.

Steuersenkungen bei den Unternehmen führen zu weniger Einnahmen des Staats. Wer darunter leiden



**Lautstarker Protest:** Schüler demonstrieren in Luzern gegen

muss, zeigt ein Blick in Kantone, die schon seit einigen Jahren eine Tiefsteuerstrategie verfolgen.

### Obwalden: Erhoffter Geldsegen blieb aus

Der Halbkanton senkte seine Steuern vor über zehn Jahren massiv. Der erhoffte Geldsegen dank neuer Zuzüger blieb aus. Letztes Jahr schloss die Staatsrechnung mit einem Defizit von rund 29 Millionen Franken. Im September 2018 musste das Volk über ein Sanierungspaket abstimmen, das den

Staatshaushalt um 40 Millionen Franken entlasten sollte. Es sah Einsparungen zu Lasten des Staatspersonals, der Gemeinden und der Empfänger von Krankenkassen-Prämienverbilligungen vor. Geplant waren auch eine Erhöhung der Einkommens- und Vermögenssteuern der Bevölkerung, höhere Motorfahrzeugsteuern und tiefere Sozialabzüge. Das Stimmvolk sagte Nein.

Die Obwaldner Regierung hat deshalb bereits ein neues Paket aufgelegt. Es enthält unter anderem Ein-

# ungen für die Konzerne, kete für die Bürger

führt zu erheblichen Steuerausfällen bei Bund, Kantonen und Gemeinden



in die Sparmassnahmen der Kantonsregierung (April 2017)

KEYSTONE

## Darüber wird am 19. Mai abgestimmt

Tiefere Steuern für die Unternehmen – höhere AHV-Beiträge für die Bevölkerung. Darum geht es in der Volksabstimmung vom 19. Mai. Sagen die Stimmberechtigten Ja zum Steuer-AHV-Paket, werden die Unternehmen in der Schweiz schon im Jahr 2020 rund 2 Milliarden Franken weniger Steuern zahlen müssen. Zur Kasse gebeten werden die AHV-Pflichtigen: Sie müssen 1,2 Milliarden Franken mehr zahlen. 800 Millionen kommen aus der Bundeskasse dazu (K-Tipp 17/2018).

Die Besteuerung der Unternehmen hat nichts mit der AHV zu tun. Die

Parlamentarier wollten aber verhindern, dass die Stimmbürger an der Urne über die beiden Vorlagen getrennt abstimmen können. Denn das Volk verwarf 2017 eine Senkung der Unternehmenssteuern. Im gleichen Jahr fand auch die Rentenreform keine Mehrheit, die unter anderem höhere AHV-Beiträge vorsah. Deshalb hat das Parlament die beiden neuen Vorhaben zu einem Paket geschnürt. Die National- und Ständeräte erhoffen sich dadurch, dass die Befürworter der Steuersenkungen zusammen mit den Befürwortern der AHV-Prämienhöhung eine Mehrheit ergeben.

Die Verknüpfung zweier grundverschiedener Materien zu einer einzigen Abstimmungsfrage ist nach Auffassung fast aller Staatsrechtler unzulässig. Der frühere Rechtsprofessor und langjährige Ständerat René Rhinow (FDP, BL) kritisiert in der juristischen Fachzeitschrift «Plädoyer», die unverfälschte Stimmabgabe sei so nicht möglich. Die Stimmbürger könnten ihre unterschiedliche Meinung zu den beiden Vorlagen auf dem Stimmzettel nicht zum Ausdruck geben. Rhinow: «Der Stimmbürger kommt so in die Zwangslage, einem Inhalt zuzustimmen, den er gar nicht will.»

sparungen beim Kantons-  
spital, Gebührenerhöhungen  
sowie Anpassungen bei  
den Steuerabzügen für Fahr-  
kosten und Berufsauslagen.  
Auch höhere Einkommens-  
steuern sind wieder ein  
Thema.

### Luzern: Zwangsferien für Schüler

Auch im Kanton Luzern  
folgten auf die Halbierung  
der Unternehmensgewinn-  
steuern im Jahr 2012 keine  
paradiesischen Zustände.  
Im Gegenteil: Regierung  
und Parlament schnürten

Sparpakete im Umfang von  
weit über 500 Millionen  
Franken. Sie erhöhten die  
Arbeitszeit für Staatsper-  
sonal und Lehrer, begrenz-  
ten Steuerabzüge, kürzten  
Unterstützungsbeiträge an  
kulturelle und soziale Ein-  
richtungen und strichen  
weitere Leistungen zu-  
sammen. Trotzdem resul-  
tiert aus den Rechnungs-  
abschlüssen des Kantons  
von 2012 bis 2018 im Total  
ein Minus von über 35 Mil-  
lionen Franken.

Im ganzen Land zu reden  
gab die Zwangsferienwoche  
an den Luzerner Gymna-

sien, Mittel- und Berufs-  
schulen im Oktober 2016  
mit dem Ziel, bei den Lehr-  
erlöhnen etwa vier Millio-  
nen Franken zu sparen. Das  
Gleiche gilt für den Be-  
schluss des Kantons, Prä-  
mienverbilligungen nur  
noch für Familien mit  
maximal 54 000 Franken  
Netto-Jahreseinkommen  
vorzusehen. Die Grenze lag  
vorher bei 75 000 Franken.

Immerhin: Im vergan-  
genen Januar schritt das  
Bundesgericht ein. Es ver-  
pflichtete den Kanton Lu-  
zern, die Grenze wieder an-  
zuheben. Sie liegt nun bei

rund 78 000 Franken. Das  
höchstrichterliche Urteil  
zwingt weitere Kantone  
dazu, frühere Sparübungen  
bei der Prämienverbilligung  
zu korrigieren.

### Zug: Sparen in allen Bereichen

Für die Zuger Bevölkerung  
sind kantonale Sparpakete  
ebenfalls ein Dauerthema.  
Unter dem Strich machte  
der Kanton über die letzten  
fünf Jahre ein Defizit von  
rund 215 Millionen Fran-  
ken. Der Sparhebel wurde  
in praktisch allen staat-

lichen Aufgabenbereichen  
angesetzt: in der Verwal-  
tung, im Bauwesen, bei  
Bildung, Kultur, sozialer  
Sicherheit, öffentlichem  
Verkehr, Sport und vielem  
mehr.

Abbau bei Gesundheit,  
Bildung, Sozialleistungen,  
Umwelt und Sicherheit so-  
wie höhere Steuern für den  
Mittelstand: Das waren die  
Gründe, weshalb die Grüne  
Partei das Referendum ge-  
gen das Steuer-AHV-Paket  
des Parlaments ergriff. Am  
19. Mai haben die Stimm-  
bürger das letzte Wort.

Gery Schwager